

Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme?

Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung gesellschaftlichen Engagements.

In: Institut für Sozialpädagogik (Hg.): Europäische Integration als Herausforderung: Rolle und Reform der sozialen Dienste in Deutschland. Frankfurt 2001

Ruth Simsa

abstract:

Konzepte der Zivilgesellschaft sind gegenwärtig sehr populär. Oft ist allerdings nicht auf den ersten Blick deutlich, was damit konkret gemeint ist, und welche Risiken eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Elemente der Politik implizieren kann. In dem Artikel wird argumentiert, dass Risiken eines Ausbaus der Zivilgesellschaft in einem potentiellen Einfluss-, einem Demokratie- und einem Wohlfahrtsproblem liegen können. Trotz ihres hohen Potentials kann die Zivilgesellschaft ohne die Sicherstellung entsprechender Rahmenbedingungen entdemokratisierende und gesellschaftliche Entwicklungen bremsende Wirkungen haben bzw. zur Legitimation eines Abbau des Wohlfahrtsstaates funktionalisiert werden.

1. Einleitung: Die Renaissance zivilgesellschaftlicher Modelle

Gegenwärtig wird sowohl in der Tagespolitik als auch in gesellschaftspolitischen Theorien zunehmend auf Konzepte der Zivil- oder Bürgergesellschaft¹ bezug genommen. Gemeint ist damit allgemein formuliert eine im Zwischenreich von Staat- und Privatsphäre angesiedelte Sphäre politischen Lebens, in der Bürger ihre Anliegen selbst in die Hand nehmen und die Gesellschaft mitgestalten.

Insgesamt kann damit eine bemerkenswerte Renaissance von zivilgesellschaftlichen Vorstellungen beobachtet werden. Diese sind keineswegs neu, sie entwickelten sich zwischen 1750 und 1850 in Europa. Während die Zivilgesellschaft lange Zeit, sofern sie überhaupt thematisiert wurde, aber eher antiquiert anmutete, erfuhr sie in den letzten Jahren weltweit eine enorme Bedeutungssteigerung sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in politischen Diskussionen.²

¹ Die beiden Begriffe können im deutschsprachigen Raum weitgehend synonym für das englische „civil society“ verwendet werden, haben allerdings bei manchen Begriffsverwendungen eine leicht unterschiedliche Konnotation. Der Begriff der Zivilgesellschaft wendet Vorstellungen der civil society, der Bürgergesellschaft teilweise stärker antiinstitutionell ins Kritische (Bora 1999, 55). Während „zivil“ primär mit nicht-dienstlich, sprich: nicht in Ausübung einer festgelegten Funktion, assoziiert wird, der Begriff der Zivilgesellschaft damit stärker die aristotelische Vorstellung einer diskursiven, selbstorganisierten Assoziation freier und gleicher Personen nahelegt, hat der Begriff der Bürgergesellschaft bisweilen eine stärker nationale und hierarchisierende Konnotation. Bürger waren im Mittelalter jene Stadtbewohner mit besonderer Stellung. Auch heute bezieht sich der Begriff zum einen auf ein festgelegtes nationales Territorium, zum anderen aber auch auf einen besonderen Rechtsstatus: nicht jeder Bewohner ist auch Bürger eines Gebietes, in bestimmten Fällen (Immigration) bedarf es dazu der Einbürgerung.

² Vgl. z. B. Putnam 1996; Keane 1998; Khol 1998; Beck 1999; Einem 1999; Keane nennt drei Phasen der Renaissance des Konzepts: Die erste Phase in den 60er- und 70er Jahren war geprägt von einer Thematisierung von Zivilgesellschaft in Lateinamerika, quasi als politische und intellektuelle „Waffe“ gegen Militärdiktaturen, sowie in Japan als Gegenmodell gegen eine einseitig an der kapitalistischen Ökonomie orientierte staatliche Politik. In den 70er Jahren begann mit dem Erfolg zivilgesellschaftlichen Widerstands in Osteuropa die zweite Phase der „Wiederentdeckung“ der civil society. Auch hier wurde diese als Moment des politisch-demokratischen Kampfes gegen totalitäre staatliche Regime eingesetzt. Die dritte Phase steht im Zusammenhang mit Wahrnehmung von Globalisierung. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden neue Widersprüche deutlich, insbesondere jene zwischen der territorialen Organisation von Staaten und globalen Problemen, transnationalen

Trotz – oder wegen – der enormen Verbreitung des Begriffes „Zivilgesellschaft“ ist oft unklar, was konkret damit gemeint ist. Konzepte der Zivilgesellschaft sind sehr unterschiedlich und haben jeweils verschiedene politische Implikationen. Im Folgenden wird daher zunächst eine Begriffsklärung sowie eine Analyse von Gemeinsamkeiten und Unterschieden der wichtigsten Konzepte vorgenommen. Danach wird die gegenwärtige Popularität der Zivilgesellschaft in Zusammenhang mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen gebracht. Zur Einschätzung des Potentials der Zivilgesellschaft werden schließlich deren Chancen und Risiken diskutiert.

2. Begriffsklärung

Die Zivilgesellschaft ist schwer eindeutig zu definieren (siehe dazu auch Brumlik 1991). Gründe für diese Schwierigkeit sind vielfältig: Neben einer gegenwärtig inflationären Verwendung des Begriffs liegen sie vermutlich in der sozialwissenschaftliche Dominanz der Konzepte Markt und Staat, welche lange Zeit die Aufmerksamkeit für andere Phänomene einschränkte (Sommers 1998, Salamon/Anheier 1992), weiteres in der Heterogenität der mit Zivilgesellschaft umschriebenen Phänomene, in unterschiedlichen politischen Konnotationen sowie auch im hohen emotionalen Beiklang des Themas, das mit Assoziationen von Gerechtigkeit, Harmonie und wechselseitigem Vertrauen aufgeladen ist.

Auch die Handhabung des Begriffs erhöht dessen Diffusität. Manche Autoren verwenden den Begriff der Zivilgesellschaft nicht-normativ für beschreibende Zwecke. Andere nutzen ihn pragmatisch zur Formulierung politischer Strategien. Die dritte Verwendung ist normativ, hier geht es um die Betonung der moralischen Überlegenheit ziviler Gesellschaften. In vielen Konzeptionen bleibt damit die Frage offen, ob die „civil society“ als politisches Projekt begriffen wird, das lediglich auf normativ-theoretischer Ebene der Imagination existiert und sinnstiftende Funktion hat, oder ob mit dem Begriff Strukturmerkmale gegebener Gesellschaften charakterisiert werden. Oft finden sich implizit beide Aspekte wieder, wobei das Verhältnis von normativen und beschreibenden Elementen kaum präzisiert wird.

Heute verwendete Begriffsinhalte stehen meist in der Tradition von Gramsci, welcher wie auch Parsons und Habermas die Zivilgesellschaft als gesellschaftliche Sphäre charakterisiert, die als vermittelnde Instanz zwischen Wirtschaft und Staat steht, und in welcher der Kampf um gesellschaftliche Herrschaft mit diskursiven, konsensuellen Mitteln ausgetragen wird.

Da eine allgemein anerkannte Definition der Zivilgesellschaft ausständig ist, fasst Kneer gemeinsame Merkmale unterschiedlicher Entwürfe wie folgt zusammen (1997, 234f):

Wirtschaftsbeziehungen sowie auch einer global organisierten Zivilgesellschaft. In dieser Phase kam es zu einer

- Erstens verweist der Begriff demnach auf die Gesamtheit öffentlicher, d. h. jedem Akteur offenstehender, Assoziationen, Vereinigungen, Bewegungen, informeller Gruppen und Zusammenkünfte von Bürgern auf freiwilliger Basis.
- Ein zweites Merkmal ist die Autonomie zivilgesellschaftlicher Einrichtungen, d. h. die Unabhängigkeit von einem Machtzentrum oder bürokratischen Staatsapparat.
- Die meisten Konzepte verweisen drittens auf die Pluralität zivilgesellschaftlicher Assoziationen, die den Diskurs gerade durch ihre Vielfalt lebendig erhalten.
- Alle Konzepte setzen mehr oder weniger explizit Legalität voraus. Zivilgesellschaften stabilisieren sich demgemäß nur auf der Basis institutionalisierter Menschenrechte.
- Fünftens setzen Zivilgesellschaften normativ einen bestimmten Standard ziviler, d. h. gewaltfreier, solidarischer und toleranter Verhaltensweisen voraus, welche nur durch Instanzen und Mechanismen der Selbstkontrolle gewährleistet werden kann.
- Sechstens wird der Zivilgesellschaft meist utopisches Potential zugeschrieben, wonach sie in ihren Strukturen und Diskursen mittels permanenter Infragestellung über einen gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand hinaus weisen.

Obwohl dies die Gemeinsamkeiten der meisten Konzepte erfasst, sind einige Merkmale nicht allgemein zutreffend. Mit der Anforderung grundrechtlicher Absicherung wird länderspezifischen institutionellen Bedingungen nicht Rechnung getragen. In Osteuropa wurde der Begriff z. B. Ende der 70er Jahre zur Bezeichnung jenes Netzwerks oppositioneller Organisationen verwendet, welches notgedrungen illegal und ohne Presse- und Meinungsfreiheit auf ein Ende der Parteidiktatur hinwirkte. Lauth und Merkel (1997) kritisieren dementsprechend eine häufige Verengung der Debatte auf die Verhältnisse „reifer“ Demokratien. Weiters trifft das postulierte utopische Potential nicht auf alle Konzepte zu. Liberale Vorstellungen weisen, zumindest in Bezug auf westliche Demokratien, nicht wesentlich über bestehende politische Zustände hinaus.

Lauth und Merkel schlagen eine Definition vor, die Zivilgesellschaft als Handlungssphäre im Zwischenreich von Staat und Privatsphäre versteht, bestehend aus „einer Vielzahl pluraler (auch konkurrierender), auf freiwilliger Basis gegründeter Organisationen und Assoziationen (im Einzelfall auch einzelne ‚Bürger‘), die ihre spezifischen materiellen und normativen Interessen artikulieren und autonom organisieren“ (1997, 12). Dies erfolgt auf Basis eines normativ-ethischen Minimalkonsenses bezüglich Toleranz, Fairness und physischer Gewaltlosigkeit. Zivilgesellschaftliche Agenden betreffen weiters immer die *res publica*, Gruppen, die nur private Zwecke verfolgen, werden diesen nicht zugerechnet (siehe auch Shaw 1998).

Dekker und Van den Broek (1998) charakterisieren die Zivilgesellschaft als idealtypisches Modell sozialer Ordnung, welches parallel zu Gemeinschaft (community), Markt und Staat als vierte Form existiert. In Erweiterung des Modells von Streek und Schmitter (1985), welches für die drei anderen Formen jeweils zentrale Strukturmuster identifiziert, benennen sie für zivilgesellschaftliche Ordnung Freiwilligkeit als Leitkriterium, Assoziationen als dominante Akteure, Commitment als Voraussetzung der Teilhabe, Diskussion als vorherrschende Entscheidungslogik und als zentrale Medien Argumente. Die im Rahmen dieser Ordnung erzeugten Güter sind mixed goods (private und öffentliche Güter sowie auch wechselseitige Unterstützung) und zentrale Externalitäten sind social capital und public discourse.

Der Nachteil all dieser Definitionen ist ihre (unterschiedlich ausgeprägte) Normativität. Wer sollte das Vorhandensein von Freiwilligkeit, Commitment, Toleranz etc. zweifelsfrei feststellen können? Und wer sollte damit beurteilen können, ob Aktivitäten oder Akteure der Zivilgesellschaft zuzurechnen sind oder nicht? In sehr offener, allgemeinen Form soll Zivilgesellschaft daher hier definiert werden als die Summe von Akteuren und Operationen,

- die weder marktwirtschaftlich-profitorientiert, noch staatlich organisiert sind, und damit ein Mindestmaß an Autonomie von Markt und Staat aufweisen;
- die weiters auf die Gestaltung politischer Prozesse und/oder sozialer Lebensbedingungen gerichtet sind, d. h. nicht nur private Interessen verfolgen;
- und die im Rahmen kollektiven Handelns (d. h. im Rahmen von Organisationen, Initiativen oder sozialer Bewegungen) stattfinden (vgl. auch Klein 1997).

2.1. Ideengeschichtliche Hintergründe

Grundsätzlich und ursprünglich bezieht sich der Begriff der Zivilgesellschaft auf das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, erst in weiterer Folge ist mit Gesellschaft meist der Staat, d. h. das institutionalisierte politische System gemeint. Ausgehend von Max Webers soziologischem Sinnbegriff erscheint das Soziale dem Individuum als "ärgerliche Tatsache der Gesellschaft" (Dahrendorf 1965, 14), der zentrale Konflikt, der von der Zivilgesellschaft aufgefangen werden soll, ist die Differenz zwischen dem Individuum und seinen Interessen gegenüber dem gesellschaftlichen Ganzen, d. h. der als Äußeres erlebten gesellschaftlichen Struktur.

Die spätere Bedeutungsveränderung zur Zivilgesellschaft als Gegenpol zum Staat ist insofern bemerkenswert, als der Ausdruck Zivilgesellschaft auf Aristoteles' politische Philosophie zurückgeführt wird. Für diesen ist allerdings der Staat noch jene Gemeinschaft, "die die vornehmste von allen ist und alle anderen in sich schließt" (Aristoteles 1981 (1880) 1252a5). Staat und bürgerliche Gesellschaft (societas civilis) werden hier also noch gleichgesetzt. Der Staat als societas perfecta et

finalis gilt als die ranghöchste, alle Gemeinschaften umfassende Form der Gemeinschaft.³ Die Differenz von autonomen Individuen und dem Staat gibt es hier noch nicht. In der aristotelischen Philosophie gilt die Zivilgesellschaft als herrschaftsfreie und solidarische Assoziation freier Bürger, als die der menschlichen Natur angemessenste Lebensweise. Diese Sphäre wird in strikter Trennung vom privaten und vom ökonomischen Bereich gesehen, welche im Gegensatz zur Polis durch Herrschaftsverhältnisse geprägt sind.

Hegel nimmt die Trennung von ziviler Gesellschaft und Staat vor. Er unterscheidet strikt zwischen bürgerlicher Gesellschaft und politischem Staat, sieht allerdings in der bürgerlichen Gesellschaft den Ort von Einzelinteressen und Widersprüchen, die nur vom politischen Staat, der das "an und für sich Vernünftige" (1972, 215) darstelle, koordiniert werden können. Die Ökonomie ist dieser Auffassung nach ein Teil der Zivilgesellschaft.

Marx behält die Trennung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft bei. Er spricht dem Staat als Ausdruck partikularer Klasseninteressen aber die von Hegel postulierte Fähigkeit ab, gesellschaftliche Widersprüche auf höherer Ebene zu versöhnen. Mit „bürgerlicher Gesellschaft“ meint er die kapitalistische Organisation materieller Lebensverhältnisse. Diese stellt in seiner Theorie die gesellschaftliche Basis dar, welcher der Staat als Überbau nachgeordnet ist. Das assoziative, diskursive Element der aristotelischen Zivilgesellschaft fällt hier weg, insgesamt hat der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft wenig mit gegenwärtigen Konzepten der Bürger- oder Zivilgesellschaft gemein. Davon ausgehend sieht Gramsci die Zivilgesellschaft als dritte gesellschaftliche Sphäre, die als vermittelnde Instanz zwischen sozioökonomischer Basis und Staat steht, und in welcher der Kampf um die Herrschaft mit diskursiven, konsensuellen Mitteln ausgetragen wird. Von der modernen Begrifflichkeit wird hier sowohl die Lokalisierung der Zivilgesellschaft zwischen Ökonomie und Staat als auch die Hervorhebung diskursiver, freier Elemente vorweg genommen. Gramsci betont die taktische Bedeutung von Institutionen jenseits von Markt und Staat im Kampf gegen die ausbeutende Macht des Kapitalismus, sieht diese allerdings als nur temporär notwendige Form zur Erreichung einer klassenlosen Gesellschaft.

2.2. Subsidiäre Leistungserbringung und Reparaturarbeit oder aktive Mitgestaltung - Unterschiede und Gemeinsamkeiten verschiedener Konzepte

Theoretische Konzepte der Zivilgesellschaft sind in bezug auf ihren normativen Gehalt und ihre politische Reichweite sehr unterschiedlich. Liberale Vorstellungen (z. B. Dahrendorf 1994) etwa gehen nicht wesentlich über das Modell demokratischer Gesellschaft hinaus. Mit Zivilgesellschaft ist hier eine auf Basis individueller Grundrechte errichtete soziale Sphäre gemeint, die einen zivilen

³ Hier gibt es auch noch keine Trennung in intime, persönliche Gemeinschaft und rational kalkulierende

Rahmen für die Austragung sozialer Konflikte bietet, und deren primäre Funktion in der Einschränkung staatlichen Einflusses liegt. Kommunitaristische Zugänge (vgl. Walzer 1992, Etzioni 1996) sehen in der Zivilgesellschaft eine ethisch-normative Antwort auf Individualisierung und den Rückgang sozialer Verantwortung, in welcher gemeinschaftlich-solidarische, durch normative Haltungen und ein moralisches Regelwerk integrierte Formen des Zusammenlebens und der sozialen Verantwortung dominieren. Der politisch-partizipative Aspekt von Zivilgesellschaft gerät hier in den Hintergrund (vgl. die Kritik von Altvater/Mahnkopf 1996, Mutz 1999). Radikaldemokratische Ansätze der Zivilgesellschaft entwerfen, ausgehend von einem „Traum vom Ende der Macht“ das Projekt einer autonomen, sich selbst auf Basis normativer Integration regierenden Bürgergesellschaft, welche die Idee der „gleichen Partizipation aller an der Macht“ (Rödel/Frankenberg/Dubiel 1989, 126) verwirklichen sollte. Habermas dagegen greift in seinem Modell deliberativer Politik zwar ebenfalls auf solidarische, normativ vermittelte Formen der Integration zurück, verbindet diese allerdings mit einer stärkeren Betonung institutioneller Faktoren. Partizipatorisch-diskursive Formen der Beteiligung der in der Lebenswelt verankerten politischen Öffentlichkeit an Prozessen der Willensbildung und Entscheidungsfindung sind demnach ebenso wie die Institutionalisierung von Verfahren zentraler Kern einer deliberativen Politik (Habermas 1992, 426ff).

Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Konzepte:

- Alle Konzepte betonen die Bedeutung privaten, nichtgewinnorientierten Engagements und nehmen in Zusammenhang damit – allerdings in unterschiedlichem Maß – Erwartungen an staatliche Verantwortung zurück.
- Weiters erwarten alle von zivilgesellschaftlichem Engagement positive Wirkungen auf den demokratischen Gehalt einer Gesellschaft.
- Alle Zugänge unterlegen einen starken Handlungsbezug, das Integrationspotential struktureller Dimensionen wird entweder vernachlässigt oder, wie explizit bei Habermas, als ergänzungsbedürftig eingeschätzt.
- Alle Zugänge gehen vom Ideal pluralistischer Gesellschaftssteuerung aus.

Unterschiede der Konzepte:

- Unterschiede einzelner Konzepte liegen in der „Verortung“ von Zivilgesellschaft. Während manche Autoren darin eine mögliche Form von Gesellschaft sehen (Gesellschaften sind damit entweder Zivilgesellschaften oder sie sind es nicht), bezeichnen die meisten damit nur einen bestimmten Teil der Gesellschaft. Dieser wird oft primär vom Staat abgegrenzt und meint damit

Gesellschaft wie bei Tönnies (1979).

jene Sphäre, in der Bürger ihre Interessen jenseits bzw. trotz des Staates artikulieren, aushandeln und durchsetzen.

- Weiters bestehen Unterschiede im vorgestellten politischen Gehalt der zivilen Gesellschaft. Meist werden damit persönliche Grundrechte und politische Beteiligungschancen verbunden und die Zivilgesellschaft als Sphäre interpretiert, in der (organisierte) Bürger politische Anliegen vertreten, bisweilen werden aber auch weniger politische Formen von Selbsthilfe und Eigenarbeit dazu gerechnet (vgl. z. B. Beck 1999; zur Kritik daran Simsa 2000).
- Unterschiedlich wird beurteilt, wie weit die Zivilgesellschaft primär eine machtbeschränkende Funktion gegenüber dem Staat ausüben, wie weit diese den Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen, oder wie weit ihre Funktion im Rahmen eines komplexeren politischen Modells, welches auch andere Akteure miteinbezieht, liegen soll (vgl. z. B. Habermas 1992; Etzioni 1996; Walzer 1992).
- Damit unterscheiden sich die Konzepte auch in ihrer Radikalität in Hinblick auf die Zivilgesellschaft als Antriebskraft gesellschaftlicher Veränderung. Der politische Gehalt der Vorstellungen reicht von der Betonung subsidiärer Eigenarbeit und Leistungserbringung bis zu einem Verständnis von Zivilgesellschaft als Sphäre aktiver politischer Beteiligung. Die Vorstellungen lassen sich damit im Rahmen zweier Pole verorten, die sich mit subsidiärer Leistungserbringung und Reparaturarbeit einerseits, sowie aktiver Mitgestaltung andererseits umschreiben lassen.

3. Gesellschaftliche Entwicklungen als Hintergrund

Ein Hintergrund der gegenwärtigen Entdeckung aktiver Bürger sind gesellschaftliche Entwicklungen: Verstärkte internationale Vernetzung, Tendenzen der Flexibilisierung und Entgrenzung von Märkten sowie die Hartnäckigkeit sozialer und ökologischer Problemlagen führen zu einer deutlichen Wahrnehmung der Grenzen der Lösungskompetenz von Politik.

Der Handlungsrahmen nationaler Politik wird u. a. durch das Missverhältnis von territorial begrenzter Politik und global operierenden Märkten eingeschränkt. Internationale Verflechtungen führen zu lokalen Auswirkungen globaler Phänomene, ökologische Entwicklungen etwa halten sich ebensowenig an staatliche Grenzen wie Währungskrisen.

Prozesse internationaler Vernetzung, welche durch wirtschaftliche Verflechtungen und Kommunikationstechnologien vorangetrieben werden, und die damit korrespondierende Inkongruenz politischer, sozialer und wirtschaftlicher Räume führen also zu einer eingeschränkten Souveränität nationalstaatlicher Regierungen (z. B. Scharpf 1989; Held 1995; Zürn 1998). Der Einfluss der territorial vergleichsweise wenig gebundenen Wirtschaft wächst damit auf Kosten der Lösungskompetenz staatlich-repräsentativer Politik. Die Gesellschaft wird aufgrund dieses

wachsenden Missverhältnisses von territorial begrenzter Politik und global operierenden Märkten mit einer Verschiebung der Machtbalance zu Lasten der Politik konfrontiert (Willke 1995b).

Die gängige Antwort darauf ist eine Kombination von Liberalisierungsprozessen (in bezug auf Sozial-, Umwelt oder Strukturpolitik) und gleichzeitiger massiver staatlicher ökonomischer Interventionsstrategien. Konsequenzen davon sind das Anwachsen regionaler Disparitäten und v. a. in Industrieländern massive Arbeitsmarktprobleme. Erwerbsarbeit verliert zunehmend die Funktion der sozialen und materiellen Integration von Menschen in die Gesellschaft, Flexibilitätsanforderungen steigen und die Schere zwischen Gut- und Schlechtverdienenden wird ebenso wie die Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte größer. Politik scheint nicht mehr zu funktionieren. Das Scheitern sozialistisch-zentralistischer Steuerungsversuche zeigt die Grenzen hierarchischer Einflussnahme auf die Gesellschaft (Willke 1995), aber auch die Praxis demokratischer Steuerung stößt zunehmend auf Probleme. Die Rede ist von einer „Krise des Regierens“ (Zürn 1998), einer „Entzauberung des Staates“ (Willke 1995), bisweilen wird eine „Erosion von Nationalstaaten“ (Altvater/Mahnkopf 1996), die Anpassung von Nationalstaaten an die Macht des Weltmarktes (Narr/Schubert 1994), oder die „Depolitisierung“ von Staaten (Beck z. B. 1998) postuliert.

Gesellschaftssteuerung bzw. Politik nimmt darüberhinaus zunehmend pluralistischen Charakter an. Staatliche Instanzen sind aufgrund von Spezialisierungen und Ausdifferenzierungen immer stärker auf die Expertise und Implementierungskapazität anderer Organisationen angewiesen. Zum einen werden Staaten selbst weniger als monolithischer Block wahrgenommen (Messner 1997; Sassen 1996), zum anderen erlangen nichtstaatliche Organisationen wachsenden Einfluss auf politische Entscheidungen, unter ihnen, neben Wirtschaftsorganisationen, prominent auch zivilgesellschaftliche Nonprofitorganisationen (NPOs). Auf der Ebene unterhalb von Staaten entstehen im Zuge dieser Entwicklung neue Formen lokaler Organisation und darüber neue Formen internationaler Organisationen und Netzwerke.

Fast alle gesellschaftspolitischen Ansätze, die als Antwort auf die verringerte Lösungskompetenz nationalstaatlicher Politik formuliert werden, zeichnen sich durch starke Hoffnungen auf die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure aus (z. B.: Narr/Schubert 1994; Altvater/Mahnkopf 1996; Beck 1996; 1998; Zürn 1998; Giddens 1999). Die Vereinten Nationen befürworten unter dem Begriff der „Global Governance“ eine globale Tendenz der Pluralisierung von Politik. Damit ist die Ergänzung der Staatenwelt durch Bewegungen und Organisationen der zivilen Gesellschaft auf globaler Bühne, sowie deren Einbindung in den Prozess globaler Politik gemeint (The Commission on Global Governance 1995). Bekannt ist auch Giddens Modell des „Third Way“, welches eine neue Beziehung zwischen dem Staat und der civil society fordert. Neben dem Staat werden hier die Ökonomie und die Zivilgesellschaft als zentrale gesellschaftliche Entwicklungskräfte identifiziert

(Giddens 1999). Beck spricht von reflexiver Demokratie im Sinne pluraler, demokratischer Akteure und Institutionen, Subpolitik, „Globalisierung von unten“ oder assoziativer Demokratie (Beck 1986, 1996a, 1998a). Diese Modelle beziehen sich alle auf die politische Einflussnahme von Akteuren jenseits der demokratisch-repräsentativen Instanzen traditioneller Politik.

Wenn auch manche Hoffnungen eher Wunschbilder als gegenwärtige Realität ausdrücken, so gibt es doch eine Tendenz der faktischen Bedeutungszunahme nichtstaatlicher Akteure in der Politik.

Rosenau hebt z. B. die Tendenz zu einer stärkeren Machtverteilung zwischen transnationalen und nationalen Instanzen hervor, aufgrund derer zwei interagierende politische „Welten“ entstehen: eine staatszentrierte Welt der Nationalstaaten und ihrer Institutionen und eine multizentrische Welt nichtstaatlicher Akteure, zu denen Wirtschaftsorganisationen, wie auch ethnische Gruppen oder NPOs gehören (Rosenau 1990). Auch Zürn betont das Zusammenspiel verschiedener Entscheidungsebenen, als Gesamtarrangement von „governance by, with and without government“ (Zürn 1998, 334). Ein wesentliches Element dieses Arrangements sind internationale Vereinbarungen und Institutionen, an denen nichtstaatliche Interessengruppen zunehmend beteiligt sind.

Ein Gewinn dieser Arbeiten ist die Redefinition von Politik, die hier nicht mehr auf den Staat eingeschränkt wird. Beck etwa kritisiert die Gleichsetzung von Politik und Staat, und weist auf die Politisierung von Bereichen, die traditionell nicht mit Politik assoziiert werden, hin: „Wenn man ‚Politik‘ gleichsetzt mit kollektiv bindenden Entscheidungen, findet in internationalen Organisationen ‚Politik‘ von großer Reichweite statt.“ (1998, 36) Erwartungen an das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft werden allerdings meist nur sehr allgemein formuliert, auf strukturelle Absicherungen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten wird wenig eingegangen. Insgesamt scheint die Bedeutung des Staates oft etwas vorschnell und zu umfassend aufgegeben. So wird die Macht nichtstaatlicher Akteure oft undifferenziert als dominante Größe postuliert, jene Bereiche der Wirtschaft, in denen regionale Gebundenheit und nationale Rahmenbedingungen eine weiterhin hohe Rolle spielen, werden vernachlässigt. Hirst und Thompson (1996) charakterisieren dementsprechend die Verkündung von Globalisierung als neuem Phänomen, welches nationale politische Strategien obsolet machen sollte, als politisch hochgradig wirksamen Mythos, welcher als Wegbereiter neoliberaler Tendenzen fungiere. Polemisch formuliert und auf Konzepte der Zivilgesellschaft bezogen: „Politik ist überfordert – lassen wir sie doch die Bürger selbst machen.“ Hier wird allerdings gleichsam das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, Politik insgesamt eine Absage erteilt. Damit werden bestehende Einflüsse nationaler wie supranationaler Politik geleugnet: Politik hat massiven Einfluss, wenn auch nicht immer punktgenau in der intendierten Form. Andere Ansätze gehen von Grenzen hierarchischer Gesellschaftssteuerung aus und suchen, etwa im Rahmen der Gestaltung von Verhandlungssystemen oder policy networks Wege einer angemessenen Politik (z. B. Marin/Mayntz 1991).

4. Chancen, Grenzen und mögliche Probleme zivilgesellschaftlicher Entwürfe

Das Konzept der Zivilgesellschaft besticht auf den ersten Blick durch damit verbundene Assoziationen von Selbstbestimmtheit und diskursiver, konsensueller Aushandlung von Interessen. Die nähere Betrachtung zeigt allerdings, dass neben attraktiven Elementen auch potentielle Probleme mit zivilgesellschaftlichen Gesellschaftsentwürfen verbunden sein können. Neben methodischen Unzulänglichkeiten vieler Konzepte sind dies v.a. mögliche Einfluss-, Demokratie- und Wohlfahrtsprobleme. Da zivilgesellschaftliche Konzepte wie auch Akteure sehr unterschiedlich sind, kann hier nicht allgemein eingeschätzt werden, wie weit jeweils eher die Chancen oder die Risiken realisiert werden. Es können allerdings potentielle Chancen und Probleme aufgezeigt werden, die als „Brille“, d. h. als Beobachtungsfolie für die Analyse konkreter Aktivitäten oder Organisationen dienen können.

4.1. Macht und Geld versus Integrität und Engagement? Zur Plausibilität der Lösungskraft zivilgesellschaftlicher Politik – Das Einflussproblem

Die Plausibilität von politischen Modellen, die zivilgesellschaftlichen Elementen hohe Problemlösungskraft zuschreiben, ist umstritten. Pro-Argumente verweisen auf empirische Daten hinsichtlich der Zunahme zivilen Engagements (vgl. Salamon u. a. 1999) und dessen Erfolge in Bezug auf konkrete Entwicklungen und Entscheidungen (Edwards/Hulme/Wallace 1999; Clark 1992). Skeptiker bezweifeln dagegen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen auf Basis verständigungsorientierter, kooperativer Kommunikationsformen tatsächlich ein bedeutsames Gegengewicht zu strukturellen Bedingungen der modernen Gesellschaft darstellen (können). Aufgrund der Eigenlogik und des Einflusses von Wirtschaft, Staat, Justiz und Wissenschaft sowie institutionell gefestigter, bürokratisch geregelter Zuständigkeiten und Entscheidungswege können zivilgesellschaftliche Akteure demnach nur begrenzten Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen nehmen. Dies wird u. a. dadurch untermauert, dass zivilgesellschaftliche Akteure in „harten“ Feldern von Politik wie etwa Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik wenig Einfluss ausüben, ihre Expertise ist demnach allenfalls „... gefragt, um umwelt- und sozialpolitisch Porzellan zu kleben, das die Finanz- und Wirtschaftspolitiker zerschlagen.“ (Altvater u. a. 1997, 13) Ihre Ressourcen sind zudem im Vergleich mit staatlichen Machtmitteln oder ökonomischen Ressourcen von Wirtschaftsunternehmen nur sehr weiche Instrumente wie Sachkompetenz, moralische Integrität und Engagement (Wahl 1997). So meint Habermas, Assoziativen seien „im allgemeinen zu schwach, um im politischen System kurzfristig Lernprozesse anzustoßen oder Entscheidungsprozesse umzusteuern“ (Habermas 1994, 451).

In Zusammenhang damit stehen auch ihre begrenzten Möglichkeiten des Eingriffs in Verursachungszusammenhänge. Zwar richten sich viele Hoffnungen auf ihr Potential, die von anderen Organisationen oder strukturellen Ungleichgewichten verursachten Problemlagen, wie etwa Folgen der Ungleichverteilung von Ressourcen oder strukturelle Arbeitslosigkeit abzufangen bzw. zu mildern. Solche Hoffnungen auf Schadensbegrenzung durch zivilgesellschaftliche Akteure sind grundsätzlich sehr berechtigt, insbesondere etwa im Rahmen sozialer Arbeit oder auch Entwicklungshilfe sind deren Leistungen nicht zu unterschätzen und haben auch im Rahmen korporatistischer Arrangements lange Tradition. So wichtig sie auch sind, so beschränkten sich diese Tätigkeiten von zivilgesellschaftlichen Akteuren aber weitgehend auf „Reparaturdienste“, das heißt die Abfederung von Effekten sozialer Ausgrenzung und struktureller Defizite. Die Ursachen dieser Probleme werden damit nur selten bearbeitet.

Eine weitere strukturelle Begrenzung der Reichweite zivilgesellschaftlicher Politik liegt in der notwendigen Vereinfachung politischer Inhalte – integrierte und umfassende Programme finden schwer Mehrheiten und lassen sich im Rahmen von politischen Kampagnen nur schwer formulieren (Taylor 1996). Die Konzentration auf einzelne, fest umrissene Themen kann der komplexen Natur vieler Problemstellungen allerdings nicht gerecht werden.

Vor dem Hintergrund einer hohen strukturellen Macht der Ökonomie wie auch des politischen Systems muten insbesondere kommunitaristische und radikale Konzepte wenig realistisch an, da hier die Notwendigkeit infrastruktureller und materieller Grundlagen vernachlässigt wird. Auch liberalen Vorstellungen, welche struktur- und sozialpolitische Aufgaben des Staates tendenziell vernachlässigen, liegt vermutlich eine Überschätzung des Potentials der Zivilgesellschaft zugrunde.

Tendenzen der Internationalisierung der Zivilgesellschaft bergen in diesem Zusammenhang sowohl Chancen als auch Risiken. Chancen liegen in derzeit noch wenig verfestigten transnationalen Strategien und Institutionen, welche Einfallstore für zivilgesellschaftliche Organisationen darstellen können (Princen 1994). Risiken liegen in den hohen Anforderungen an transnationale Tätigkeit, die auf Seiten beteiligter Akteure zu Selektion führen (Altvater/Mahnkopf 1996; Wahl 1997).

Wenn auch (faktische sowie antizipierte) Aktivitäten im Rahmen des Dritten Sektors insbesondere auf internationaler Ebene zunehmend Lern- und Umorientierungsprozesse in großen Wirtschaftsunternehmen bewirken, so kann nicht abschließend beurteilt werden, wie weit es ihnen tatsächlich gelingen kann, den Systemgesetzmäßigkeiten des Weltmarktes relevante Gegenkräfte gegenüberzustellen. Insgesamt sind aufgrund dieser strukturellen Begrenzungen von Ressourcen Verweise auf aktive Bürger dann mit Skepsis zu betrachten, wenn diese unter der Hand als Ersatz für staatliche Strukturpolitik, Arbeitsmarktpolitik oder Sozial- und Wirtschaftspolitik gehandelt werden.

4.2. Die Zivilgesellschaft als Motor oder als Bremse von Demokratie und Entwicklung – Das Demokratieproblem

Die demokratiepolitische Bedeutung zivilgesellschaftlicher Integration wird unterschiedlich beurteilt. Sowohl für die Zuschreibung progressiver und demokratieförderlicher als auch konservierender und undemokratischer Einflüsse zivilgesellschaftlicher Organisationen lässt sich jeweils Evidenz finden.

Einerseits gibt es Belege für eine Ausweitung demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten durch zivilgesellschaftliches Engagement. Almond und Verba (1989) folgern etwa aus ihrer Untersuchung des Engagements in Freiwilligenorganisationen einen klaren Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in diesen Organisationen und der demokratischen Qualität von Gesellschaft: „Pluralism, even if not explicitly political pluralism, may indeed be one of the most important foundations of political democracy.“⁴ Auch Dekker und Van den Broek führen eine Reihe von Studien an, die einen klaren Zusammenhang von politischer Demokratie und sozialer Partizipation in NPOs zeigen (Dekker/van den Broek 1998, 18f).

Mit dem Aufgreifen von neuen Themen und einer hohen Sensibilität für die Wahrnehmung und Identifizierung neuer Problemlagen hat die Zivilgesellschaft eine wichtige gesellschaftliche „Alarmfunktion“. Habermas betont in bezug auf gesellschaftliche Risiken wie z. B. atomares Wettrüsten, Risiken der Atomenergie, Genforschung, ökologische Gefahren, Verelendung der Dritten Welt, Probleme der Weltwirtschaftsordnung: „Fast keines dieser Themen ist *zuerst* von Exponenten des Staatsapparates, der großen Organisationen oder gesellschaftlichen Funktionssysteme aufgebracht worden.“ (1992, 461) All diese Themen wurden zunächst von der Zivilgesellschaft überhaupt erst als Thema konstruiert. In der Beeinflussung von Wahrnehmungsmustern und der Kreation neuer Themen und Bedeutungszusammenhänge liegt somit eine zentrale Möglichkeit der gesellschaftsverändernden Wirkung der Zivilgesellschaft (Wapner 1996; Keck/Sikkink 1998; Simsa 2000a, 2000b).

Zudem gibt es oft auch substantielle Unterschiede in der inhaltlichen Leistungserbringung verschiedener Organisationstypen. Mit der Organisation von Rettungsfahrten beispielsweise konkurriert das Rote Kreuz zwar mit Wirtschaftsunternehmen, es übernimmt im Gegensatz zu diesen allerdings auch unrentable Fahrten, die Leistungen sind somit nicht in jeder Hinsicht vergleichbar (siehe auch Rose-Ackermann 1997; Kingma 1997). Badelt hebt hervor, daß in den letzten Jahrzehnten die meisten Innovationen im Bereich der Sozialpolitik von NPOs ausgingen (1999).

⁴ Ursachen für diesen Zusammenhang sehen sie in Sozialisationseffekten des Engagements in Freiwilligenorganisationen, sowie in dessen Mobilisationseffekt, der über die Involvierung der Organisation in politische Prozesse auf deren Mitglieder abfährt. Almond/Verba 1989, 265, zit. in Dekker/van den Broek 1998, 17

Andererseits unterliegen zivilgesellschaftliche Akteure selbst keiner demokratischen Kontrolle, und sind nicht per se herrschaftsfrei, emanzipatorisch oder progressiv, wie dies oft unterstellt wird. Zuschreibungen moralischer Integrität und demokratischer Qualitäten sind zwar meist berechtigt, keinesfalls aber garantiert. „The sector includes a huge range of bodies, not all of which are democratic in structure or broadly representative in participation...“ (The Commission... 1995, 33) Seibel sieht die Gefahr, daß NPOs sich dem staatlichen Integrationsanspruch entziehen und damit einer Tendenz zur Ausübung von ‚private government‘ unterliegen können. (Seibel 1992, 73) Dabei werden Personen(gruppen), die über Geld, Artikulations- und Organisationsfähigkeit verfügen, bevorzugt. Historische Analysen verdeutlichen zudem ein gewisses entpolitisiertes Potential dieser Organisationen. Die Geschichte von freiwilligen Vereinigungen, Verbänden und Stiftungen lässt sowohl progressive als auch konservierende Funktionen der Zivilgesellschaft erkennen „... d. h. auch die „stagnative Bewahrung eines gesellschaftlichen Status quo kann von ihr verursacht und zukunftsweisende Problemlösungen können durch sie verhindert werden.“ (Lauth/Merkel 1997, 21; s.a. Seibel 1992) Sie trugen somit, nicht zuletzt aufgrund häufiger finanzieller Abhängigkeit vom Staat, oft auch dazu bei, Partizipation zu verhindern und Veränderungspotentiale zu blockieren. (Bauer 1997, 149) Zwar spielten zivilgesellschaftliche Organisationen nicht nur in Osteuropa eine tragende Rolle im Rahmen von Demokratisierungsprozessen, es finden sich aber auch gegenteilige Beispiele: So wurde der Niedergang der Weimarer Republik im Rahmen freiwilliger Vereinigungen vorbereitet, von Kriegervereinen über antisemitische Zirkel bis hin zur SA (Zimmer/Priller 1997). Auch gegenwärtig stützen sich fundamentalistische religiöse oder nationalistische Bewegungen in hohem Ausmaß auf zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen (Keane 1998).

4.3. Staat oder Bürger? Zivilgesellschaftliche Politik als Ausdruck von Pluralisierung oder als Symptom des Rückzugs des Wohlfahrtsstaates? – Das Wohlfahrtsproblem

Der Ruf nach politischer Pluralisierung entspricht in hohem Maß den Anforderungen an moderne Demokratien und der zunehmenden Komplexität der Gesellschaft. Ein kritisch zu beurteilender Aspekt zivilgesellschaftlicher Konzepte ist allerdings oft deren Einschränkung von Erwartungen an staatliche Politik. Viele der Ansätze korrespondieren stark mit Ideen der Deregulierung, Flexibilisierung und Liberalisierung. Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung werden auf Kosten kollektiver, sozialstaatlicher Verantwortlichkeit betont. Die damit verbundene Gefahr liegt in der Individualisierung struktureller Probleme an Stelle einer Politik der kollektiven Verteilung von gesellschaftlichen Risiken und Wohlstand.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Kontext, in dem die Zivilgesellschaft zum Thema und Hoffnungsträger wurde: mit der Diskussion um die Grenzen der Finanzierbarkeit

wohlfahrtsstaatlicher Konzepte, der Wahrnehmung einer Krise des Staates und postuliertem Deregulierungsdruck wird bisweilen mit der Zivilgesellschaft die Möglichkeit einer tendenziellen Entlassung demokratisch legitimierter Institutionen aus wohlfahrtssichernden Aufgaben verknüpft (Sommers 1998) und ein Wiedererstarken eines politischen Liberalismus theoretisch untermauert.

Ein Symptom dieser Entwicklung ist die zunehmende Auslagerung öffentlicher Aufgaben an – weitgehend staatlich finanzierte – NPOs. Unter dem explizierten Ziel der Effektivierung der Leistungserbringung werden dabei latente Funktionen wie die Umgehung öffentlicher dienstrechtlicher Standards erfüllt. Bei solcherart konstituierten Abhängigkeitsverhältnissen ist weniger von Entstaatlichung als von Entdemokratisierung zu sprechen, da ausgelagerte Organisationen weniger starker Transparenz und demokratischer Kontrolle unterliegen als die Verwaltung. Die staatlich inszenierte Bürgergesellschaft erweist sich in diesen Fällen als Umgehung demokratischer Standards.

Wenn auch die Intentionen der meisten zivilgesellschaftlichen Akteure tatsächlich moralisch integer oder humanistisch sein mögen, so gilt dies somit nicht automatisch auch für jede Form politischer Funktionalisierung. Was im Blickwinkel der individuellen Organisation durchaus positiv wirken mag, erweist sich anders gesagt oft als strukturell defizitär. Es scheint, als ob hier bisweilen in gesellschaftspolitischen Entwürfen „zweitbeste“ Lösungen als zukunftsweisend dargestellt werden, und die Zivilgesellschaft zur kostensparenden Abmilderung der sozialen Folgen neoliberaler Deregulierung und Entstaatlichung funktionalisiert wird. Nicht von ungefähr kommen derzeit Vorschläge zur Einrichtung einer Bürgergesellschaft v.a. aus konservativen politischen Kreisen.

Umgekehrt hat staatliche Ausgabenpolitik nach wie vor eine hohe faktische Bedeutung für zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Besonders gut erforscht ist dies in bezug auf den dritten Sektor, d. h. die Aktivitäten von NPOs. Quantitative Daten belegen deutlich einen positiven Zusammenhang zwischen staatlichen Wohlfahrtsausgaben und der Bedeutung des NPO-Sektors (Salamon u. a. 1999). Zwar ist in fast allen europäischen Ländern ein Rückgang des Anteils staatlicher Finanzierung zu beobachten, insgesamt gibt es allerdings wenig Evidenz für eine reine Funktionalisierung von NPOs als Instrument der Liberalisierung.

Die Frage, wie weit die Wiederentdeckung der Zivilgesellschaft insgesamt als Zunahme demokratischer Beteiligungsformen zu interpretieren ist oder schlicht als Legitimation der Abwälzung gesellschaftlicher Probleme auf private Organisationen ist jedenfalls nicht pauschal zu beantworten. Die Funktion zivilgesellschaftlicher Akteure und Aktivitäten hängt wesentlich von strukturellen Rahmenbedingungen von Seiten des Staates sowie von historisch-institutionellen Faktoren ab.

5. Wirklichkeit ist, was wirkt: Zum ideologischen Gehalt der Rede von Flexibilisierung und Deregulierung

Die Diskussion der Globalisierung, die mit der fast mantraartigen Wiederholung von Argumenten verbunden ist, die die Notwendigkeit von Flexibilisierung und Deregulierung, die Macht des Weltmarktes und die Unmöglichkeit der politischen Gestaltung der Gesellschaft betonen, hat System. Natürlich sollen internationale Verflechtungen und deren Auswirkungen auf nationale Bedingungen wie insbesondere soziale Sicherung nicht geleugnet werden. Gleichzeitig geht es dabei aber immer auch um die Frage der Verteilung gesellschaftlicher Risiken. Zwar ist die Vorstellung souveräner Politik, die die Gesellschaft analog zum Steuermann eines Schiffes zielgerichtet steuern kann, obsolet, im Rahmen der Gestaltung institutioneller Rahmenbedingungen hat die Politik allerdings immer noch entscheidende Funktionen und Möglichkeiten. Dies ist nicht zuletzt anhand der Folgen internationaler Vereinbarungen – die in den letzten Jahren allerdings durchwegs im Zeichen von Liberalisierung standen (Vgl. GATT, Maastricht) – ersichtlich.

Die gegenwärtige Rhetorik der Globalisierung und Liberalisierung erfüllt im Rahmen beobachtbarer Liberalisierungstendenzen eine wesentliche Funktion: Je öfter die Unmöglichkeit von Beschäftigung oder sozialer Sicherheit und die Notwendigkeit individueller Flexibilität und Anpassung undifferenziert wiederholt werden, umso selbstverständlicher wird die Vorstellung einer individualisierten Verteilung struktureller Probleme. Damit wird die Akzeptanz von Deregulierung und Abgabe staatlicher Verantwortung erhöht. Probleme wie die wachsende Einkommensschere oder hohe Arbeitslosigkeit werden als hinzunehmender Normalfall hingestellt. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit oder aktiver Strukturpolitik muten vor diesem Hintergrund fast antiquiert an, und die Delegation dieser Aufgaben an mündige Bürger wird als einziger Ausweg dargestellt.

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie politisches Engagement, kulturelle oder soziale Tätigkeiten im Rahmen sozialer Bewegungen, Bürgerinitiativen oder NPOs, stellen ein wesentliches Element einer aktiven Gesellschaft und eine wichtige Form der Demokratisierung von Gesellschaft dar. Die meist vernachlässigte Bedeutung struktureller Bedingungen und damit auch die Einschränkung von Erwartungen an staatliche Regulation lässt Konzepte von Zivilgesellschaft allerdings gegenwärtig oft als einen der Not politischer Konzeptlosigkeit gehorchenden Versuch der Delegation gesellschaftlicher Aufgaben, als ideologische Legitimation der Abgabe staatlicher Verantwortung erscheinen. Gerade politische Programme der Zivilgesellschaft wirken insofern paradox, als hier auf eine vom Staat „einberufene“ nichtstaatliche Gesellschaft gesetzt wird. Die staatlich inszenierte Bürgergesellschaft ist damit entweder ein Widerspruch in sich oder eine Form der Umgehung demokratischer Standards.

Abgesehen davon, daß die Rede von der Bürgergesellschaft kein Ersatz für fundierte Konzepte staatlicher Politik sein kann, bleibt die Gestaltung der Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements jedenfalls eine zentrale politische Aufgabe. Neben der Sicherung demokratischer Grundrechte ist dies v.a. die Form der Finanzierung der Bürgergesellschaft. Wenn staatliche Instanzen paternalistisch darüber entscheiden, welche zivilgesellschaftlichen Institutionen förderungswürdig sind, dann werden diese leicht zum verlängerten, demokratisch nicht legitimierten Arm der Politik. Eine zentrale Frage ist daher, nach welchen Kriterien Bürgerarbeit finanziert wird. Zudem legt die Einsicht in Grenzen und Folgeprobleme teilsystemischer Funktionserfüllung eine Politik der Schaffung und Förderung von Rahmenbedingungen nahe, welche die Entstehung und Wirkung von zivilgesellschaftlichen Akteuren und Aktivitäten begünstigen (vgl. Simsa 2000c). Hierbei geht es nicht um deren gezielten Einsatz durch das politische System und deren Steuerung mittels elaborierter Leistungsverträge, sondern – entsprechend Churchills Devise „protect the rebel“ – um die Sicherung eines ausreichenden Maßes an gesellschaftlicher Kritik, an alternativen Sichtweisen und an Korrektur dominanter Beobachtungsverhältnisse und Operationsweisen.

- Altvater, E./Mahnkopf, B.: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996
- Altvater, E.: Masse und Macht im Zeitalter der Globalisierung. In: LEVIATHAN. Jg. 26, Heft 1/98
- Aristoteles: Politik. Hamburg 1981 (erstmalig 1880)
- Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main 1986
- Beck, U.: Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik. In: Diekmann, A./Jaeger, C.c.: Umweltsoziologie. KZfSS, Sonderheft 36/96
- Beck, U.: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt/New York 1999
- Beck, U.: Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – Eine Einleitung. In: Beck, U. (Hg.): Politik der Globalisierung. Frankfurt/Main 1998
- Bora, A.: Differenzierung und Inklusion. Partizipative Öffentlichkeit im Rechtssystem moderner Gesellschaften. Baden-Baden 1999
- Brumlik, M.: Der importierte Kommunitarismus. In: Rauschenbach, T./Sachße, Ch./Olk, T. (Hg.): Von der Wertgemeinschaft zum Dienstleistungsunternehmen. Jugend- und Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Frankfurt 1995
- Commission on Global Governance: Our Global Neighborhood. The Report of the Commission on Global Governance. New York 1995
- Dahrendorf, R.: Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. Opladen 1965
- Dahrendorf, R.: Moralität, Institutionen und die Bürgergesellschaft. In: Merkur 46/1992
- Dahrendorf, R.: Der moderne soziale Konflikt. Essays zur Politik der Freiheit. Stuttgart 1994
- Dekker, P./Broek, A.: Civil Society in Comparative Perspective. Involvement in Voluntary Associations in North America and Western Europe. In: Voluntas. International Journal of Voluntary and Non-Profit Organizations. Vol. 9, No. 1/1998
- Einem, C.: Politik auf verlorenem Posten? In: Krainz, E.E./Simsa, R. (Hg.): Die Zukunft kommt – wohin geht die Wirtschaft. Gesellschaftliche Herausforderungen für Management und Organisationsberatung. Wiesbaden 1999
- Etzioni, A.: Der moralische Dialog – Ein kommunitaristischer Blick auf die Demokratie. In: Weidenfeld, W. (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996
- Giddens, A.: Der dritte Weg. Frankfurt/Main 1999

- Habermas, J.: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1992
- Hegel, G.W.F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt/Main, Berlin 1972 (erstmalig 1821)
- Hirst, P./Thompson, G.: Globalization in Question. Cambridge 1996
- Keane, J.: Civil Society. Old Images, New Visions. Cambridge 1998
- Klein, A.: Die NGOs als Bestandteil der Zivilgesellschaft und Träger einer partizipativen und demokratischen gesellschaftlichen Entwicklung. In: Altvater, E./Brunnengräber, A./Haake, M./Walk, H.: Vernetzt und Verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster 1997
- Kneer, G.: Zivilgesellschaft. In: Kneer, G./Nassehi, A./Schroer, M. (Hg.): Soziologische Gesellschaftsbegriffe. Konzepte moderner Zeitdiagnosen. München 1997
- Khol, A.: Mein politisches Credo: Aufbruch zur Bürgersolidarität. Wien 1998
- Krainz, E.E./Simsa, R.(Hg.): Die Zukunft kommt – wohin geht die Wirtschaft. Gesellschaftliche Herausforderungen für Management und Unternehmensberatung. Wiesbaden 1999
- Lauth, H.-J./Merkel, W.: Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen. Jg.10, Heft 1, 1997
- Marin, B./Mayntz, R. (Hg.): Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations. Frankfurt/Main 1991
- Messner, D.: Netzwerktheorien. Die Suche nach Ursachen und Auswegen aus der Krise staatlicher Steuerungsfähigkeit. In: Altvater, E./Brunnengräber, A./Haake, M./Walk, H.: Vernetzt und Verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft. Münster 1997
- Mutz, G.: Das Ende der Treck-Kultur. Warum der neidvolle Blick auf die USA ins Leere geht. In: Beck, U.: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft. Frankfurt/New York 1999
- Narr, W.D./Schubert, A.: Weltökonomie. Die Misere der Politik. Frankfurt/Main 1994
- Putnam, R.D.: Symptome der Krise – Die USA, Europa und Japan im Vergleich. In: Weidenfeld, W. (Hg.): Demokratie am Wendepunkt. Die demokratische Frage als Projekt des 21. Jahrhunderts. Berlin 1996
- Rifkin, J.: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/New York 1996
- Rödel, U./Frankenberg, G./Dubiel, H.: Die demokratische Frage. Frankfurt/Main 1989
- Rosenau, J.N.: Turbulence in World Politics. Brighton 1990

- Salamon, L./Anheier, H.K.: In search of the non-profit sector. I: The question of definitions. In: *Voluntas*. Vol. 3, Nr. 2/1992
- Salamon, L.M./Anheier, H.K.: Der Nonprofit-Sektor: Ein theoretischer Versuch. in: Anheier, H.K./Priller, E./Seibel, W./Zimmer, A.: *Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*. Berlin 1997a
- Sassen, S.: *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*. Frankfurt/New York 1996
- Scharpf, F.W.: Politische Steuerung und politische Institutionen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 30, 1989
- Schmahls, K.M./Heinelt, H. (Hg.): *Zivile Gesellschaft. Entwicklung, Defizite, Potentiale*. Opladen 1997
- Seibel, W.: *Funktionaler Dilettantismus. Erfolgreich scheiternde Organisationen im "Dritten Sektor" zwischen Markt und Staat*. Baden-Baden 1992
- Shaw, M.: Die Repräsentation ferner Konflikte und die globale Zivilgesellschaft. In: Beck, U.: *Perspektiven der Weltgesellschaft*. Frankfurt/Main 1998
- Simsa, R.: Der Dritte Sektor als Lösung arbeits- und beschäftigungspolitischer Problemlagen? In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 2/2000
- Simsa, R.: Organisationen und das „Lernen“ der Gesellschaft. In: Zech, R./Ehse, Ch (Hg.): *Organisation und Innovation*. Hannover 2000a
- Simsa, R.: Funktionen und Einflussformen von NPOs. In: Blümle, E.-B./Witt, D./Anheier, H.K. (Hg.): *Nonprofit-Organisationen im Wandel. Herausforderungen, gesellschaftliche Verantwortung, Perspektiven*. Linz 2000b
- Simsa, R.: *Gesellschaftliche Funktionen und Einflußformen von Nonprofit-Organisationen*. Wien 2000c
- Simsa, R.: Zwischen Wirtschaft und Werten. Nonprofit-Organisationen als spezifisches Feld von Training und Beratung. In: *Gruppendynamik. Zeitschrift für angewandte Sozialpsychologie* 4/99
- Sommers, M.R.: „Citizenship“ zwischen Staat und Markt. Das Konzept der Zivilgesellschaft und das Problem der „dritten Sphäre“. In: *Berliner Journal für Soziologie*. Heft 4/1998
- Tönnies, F.: *Gemeinschaft und Gesellschaft*. Darmstadt 1979 (erstmalig 1887)
- Wahl, P.: Mythos und Realität internationaler Zivilgesellschaft. Zu den Perspektiven globaler Vernetzung von Nicht-Regierungs-Organisationen. In: Altvater, E./Brunnengräber, A./Haake, M./Walk, H.: *Vernetzt und Verstrickt. Nichtregierungsorganisationen als gesellschaftliche Produktivkraft*. Münster 1997
- Walzer, M.: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*. Berlin 1992
- Wapner, P.: *Environmental activism and world civic politics*. Albany 1996

Willke, H.: Systemtheorie III: Steuerungstheorie. Stuttgart 1995

Willke, H.: Transformation der Demokratie als Steuerungsmodell hochkomplexer Gesellschaften. In: Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie. Jg. 1, Heft 2/1995b

Zimmer, A./Priller, E.: Die Zukunft des Dritten Sektors in Deutschland. In: Anheier, H.K./Priller, E./Seibel, W./Zimmer, A.: Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel. Berlin 1997

Zürn, M.: Regieren jenseits des Nationalstaates. Globalisierung und Denationalisierung als Chance. Frankfurt 1998